

Nicht lockerlassen

hilfen im Herkunftsland verknüpft. Und dieses Konzept muss zivilgesellschaftliche Hilfen im Herkunftsland einbinden, zu denen die Kirchen einen kräftigen Beitrag leisten sollten: Eine »Willkommenskultur« für Rückkehrer im Herkunftsland – z. B. im Kosovo und in Albanien – ist unverzichtbarer Bestandteil einer verantwortbaren »Abschiedskultur« in Deutschland.

25. Die Zahl der Flüchtlinge, die »abtauchen«, wächst. Übereinstimmend berichten die Spitzenrepräsentanten der bayerischen Regierungsbezirke, dass etliche Flüchtlinge, deren Registrierung nicht unverzüglich durchgeführt werden konnte, schon wenige Stunden später nicht mehr auffindbar sind. Täglich gehen auf diese Weise in Deutschland Tausende »verloren«, über deren Verbleib nur spekuliert werden kann: Etliche suchen ihr Glück bei Verwandten oder Freunden irgendwo in unserem Land, andere reisen weiter, z. B. nach Dänemark oder Schweden, wieder andere wählen bestimmte deutsche Großstädte, um sich dort in der Erstaufnahme einzufinden. Nach Einschätzung der Polizei ist von massenhafter »Einwanderung in die Illegalität« auszugehen. Für die Flüchtlinge bedeutet dies ein Verschwinden in Rechtlosigkeit und Abhängigkeitsverhältnisse – und für die deutsche Gesellschaft eine sozial- und sicherheitspolitische Aufgabe, deren Brisanz mit zeitlicher Verzögerung etwa in den Bereichen Menschenhandel und Zwangsprostitution, Schwarzarbeit und Obdachlosigkeit sichtbar werden wird. »Flüchtlingshilfe« als Beihilfe zum Weg in illegale Schattenexistenz muss deshalb – auch von den Kirchen – scharf verurteilt werden.

Robustes UN-Mandat für Syrien und den Irak

26. Rückführungen in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete sowie »failed states« sind und bleiben unzulässig. Umso mehr muss dort unter Beteiligung von UN und EU – mithin Deutschlands – nach Lösungen gesucht werden, um Verhältnisse zu schaffen, die zum Verbleib der Bevölkerung und auch zur Rückkehr von Flüchtlingen motivieren. Ein robustes und breit angelegtes UN-Mandat zur Eindämmung von Terror in Syrien und im Irak ist überfällig. Überzeugungskraft besitzt dieses Postulat allerdings nur in Verbindung mit der Bereitschaft, dem Einsatz von (auch deutschen) Soldaten zuzustimmen.
27. Darüber hinaus wird, wer nach »Frieden im Mittleren Osten« ruft, sich der unbequemen Einsicht öffnen müssen, dass die Grenzen von (historisch willkürlich geschaffenen) Staaten wie Syrien, Irak und Afghanistan angesichts rivalisierender Ethnien und Konfessionen nicht zukunftsfähig sind.
28. Die Territorien und unmittelbaren Einflussphären sind neu zu ordnen – und zwar durch die Kontrahenten im Nahen und Mittleren Osten selbst (Iran, Sau-

di-Arabien, Golfstaaten, Jordanien, Ägypten, Türkei und Kurdengebiete) und nicht durch die Großmächte USA und Russland, die höchstens Garantenfunktion unter UN-Mandat übernehmen sollten.

29. Lösungen können nur gefunden werden, wenn die mit IS oder Taliban sympathisierenden Sunniten gleichfalls am Verhandlungstisch sitzen wie die durch den Iran und die Hisb'Allah repräsentierten Schiiten und neben der türkischen Regierung Vertreter der Kurden, die ein stabiles Autonomiegebiet auf Dauer benötigen. Wer auf Verhandlungen ausschließlich mit jenen Kräften setzt, die in westlicher Betrachtung demokratische Werte bejahen, trägt zur Prolongierung und Eskalierung der Krisen bei.
30. Die nicht leicht beantwortbare Frage an die Kirchen, die aus gutem Grund die Universalität der Menschenrechte beschwören, ist deshalb, wie sie – in Europa und in der Region selbst – sich zum Gedanken eines Friedensprozesses verhalten, der Kompromisse mit Kräften inkludieren müsste, welche die Universalität dieser Menschenrechte leugnen.

Flucht mit Ansage

31. »Fluchtursachenbekämpfung« verlangt Geschichtsbewusstsein. Ähnlich den Konflikten, die nach dem Fall des »Eisernen Vorhangs« und der Auflösung des (diktatorisch etablierten) Staates »Jugoslawien« ausbrachen, hat der zweite Irakkrieg und der Fall Saddam Husseins die Dynamik der gewalttätigen Rivalitäten im Mittleren Osten freigesetzt und nach dem Abzug der US-Streitkräfte beschleunigt. Die Waffen, mit denen der IS Terror ausübt, stammen ebenso aus westlicher Produktion, wie die Waffen der Hisb'Allah und des Iran aus Russland und China geliefert wurden. Just die Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates, in dem seit Jahren kein Einvernehmen über ein UN-Mandat in Syrien zu erzielen ist, sind mitverantwortlich für Genese und Verschärfung der dortigen Krise. Besondere Verantwortung dafür, ein Umdenken in der Politik »des Westens« und Russlands einzuklagen, kommt den Kirchen in diesen Ländern zu: Sie müssen sich fragen lassen, ob und in welcher Intensität sie selbst vermeintliche »nationale Interessen« befürworten oder radikal infrage zu stellen bereit sind – und ob die im ÖRK gefeierte Weltgemeinschaft der Kirchen eine ergebnisorientierte Debatte über Verantwortlichkeiten und Schuld zulassen würde, ohne dass Vertreter einzelner Kirchen sich absentieren.
32. »Fluchtursachenbekämpfung« durch Katastrophen- und Aufbauhilfe ist nicht gönnerhafte Mildtätigkeit, sondern Bußakt. Es ist skandalös, dass die UN-Mittel zur Linderung größter Not in den Flüchtlingslagern der Türkei, des Libanon und Jordaniens erst Ende September 2015 durch Nachzahlungen der EU halb-